



# **Niederschrift**

## **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**

19. Wahlperiode - 11. Sitzung

am Dienstag, dem 25. August 2020, 12:30 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Kai Vogel (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Thomas Rother (SPD)

i. V. von Kathrin Bockey

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Eka von Kalben

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Lukas Kilian (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>a) Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion</b>	<b>4</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1931	
	<b>b) OECD-Bericht zur Regionalentwicklung der Metropolregion Hamburg</b>	<b>4</b>
	Umdruck 19/3015	
<b>2.</b>	<b>Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Bahnstrecke Geesthacht-Nettelburg</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Zusammenarbeit Hamburgs und Schleswig-Holsteins in der Coronapandemie</b>	<b>7</b>
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, eröffnet die Sitzung um 12:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. a) Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1931](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020 an den **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europa-ausschuss und den Bildungsausschuss)

**b) OECD-Bericht zur Regionalentwicklung der Metropolregion Hamburg**

[Umdruck 19/3015](#)

Frau Keller, Mitarbeiterin im Landesentwicklungsreferates des Innenministeriums, berichtet zu den Beratungsergebnissen und Beschlussfassungen in der Metropolregion zur Umsetzung der Empfehlungen der OECD ([Umdruck 19/4433](#)). Die 92 von den acht Trägerarbeitsgruppen vorgelegten Empfehlungen seien sowohl struktureller als auch konkret-projektbezogener Art. Zwar seien hiervon zunächst 16 - auf Wunsch des Regionsrats sodann 17 Empfehlungen - berücksichtigt worden, jedoch habe man vereinbart, auch die restlichen Empfehlungen weiter zu bearbeiten.

Auf eine Nachfrage des Abg. Vogel stellt Frau Keller klar, dass der Zehn-Punkte-Plan vom Regionsrat der Metropolregion einstimmig beschlossen worden sei.

Abg. Ostmeier begrüßt die Aufnahme des 17. Punktes, da die Verbesserung der Situation im Verkehrsknotenpunkt Hauptbahnhof Hamburg auch für Schleswig-Holstein große Relevanz habe. Sie fragt, welche Punkte zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg strittig seien. - Frau Koll, Leiterin des Landesentwicklungsreferats im Innenministerium, antwortet, der Umgang mit dem OECD-Bericht zeige bisher kein großes Konfliktpotenzial. - Abg. Vogel meint, es sei durchaus möglich, dass die neue Landesregierung in Hamburg leicht abweichende Schwerpunkte setzen werde.

Abg. Ostmeier regt an, dass sich der schleswig-holsteinische Ausschuss unabhängig vom hamburgischen Ausschuss weiter mit dem OECD-Bericht beschäftigen müsse. Es sei durchaus möglich, dass es in Teilen unterschiedliche Interessen beider Bundesländer gebe. - Abg. Vogel stimmt ihr zu. So könne beispielsweise der Leiter der Geschäftsstelle der Metropolregion, Herr Richter, einmal nur in den schleswig-holsteinischen Ausschuss eingeladen werden.

Auf Anregung der Abg. Strehlau kommt der Ausschuss überein, die weitere Befassung mit dem Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/1931](#), zurückzustellen bis nach der Sitzung mit dem hamburgischen Ausschuss am 4. September 2020.

Abg. Vogel unterstreicht, dass es wichtig sei, die Empfehlungen der OECD zeitnah umzusetzen. - Abg. Strehlau stimmt ihm zu.

Der Ausschuss kommt überein, dem Ausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft die entsprechenden Parlamentsdokumente zur Kenntnis zu geben ([Drucksache 19/1931](#), [Drucksache 19/2191](#) und [Umdruck 19/4433](#)).

## **2. Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Bahnstrecke Geesthacht-Nettelburg**

Herr Reestorff, Mitarbeiter im Referat „Öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen“ des Verkehrsministeriums, berichtet, Geesthacht sei mit 30.000 Einwohnern die größte Stadt Schleswig-Holsteins ohne eigenen SPNV-Anschluss. 2019 sei eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden, die alleinig von Schleswig-Holstein finanziert worden sei und deren Ergebnisse im Februar 2020 vorgelegen hätten. Ein Vorstellungstermin im März 2020 sei aufgrund der Coronapandemie ausgefallen.

In einer ersten Stufe empfehle die Machbarkeitsstudie eine Reaktivierung der Strecke zwischen Bergedorf und Geesthacht. In Hamburg-Bergedorf sei hierfür der Neubau einer kurzen Gleisstrecke erforderlich, was jedoch nicht nach der Eisenbahnbetriebsordnung, sondern nach der Straßenbahnbetriebsordnung erfolgen könne. In einer zweiten Stufe erscheine es dann möglich, eine stündliche durchgehende Bahnverbindung von Geesthacht bis zum Hamburger Hauptbahnhof anzubieten. Die Machbarkeitsstudie habe jedoch keine Kosten-Nutzen-Betrachtung enthalten.

Abg. Vogel zeigt sich hierüber erstaunt. - Herr Reestorff entgegnet, dies sei bei derartigen Projekten durchaus üblich.

Abg. Harms fragt nach den konkreten Kosten und der zeitlichen Perspektive einer Umsetzung. - Herr Reestorff berichtet, bei NAH.SH gebe es ein Planungsbudget von ungefähr 10 Millionen € im Jahr, von dem jedoch auch weitere Projekte bewältigt werden müssten. Die erste Stufe werde ungefähr 73 Millionen € kosten, die zweite Stufe weitere 27 Millionen €, sodass eine Gesamtsumme von 100 Millionen € zu erwarten sei. Nach seiner Einschätzung könnte das Projekt zu 90 % vom Bund mit GVFG-Mitteln bezuschusst werden. Die restlichen 10 Millionen € würden sich nach Auskunft des Gutachters zu ungefähr 60 % auf Schleswig-Holstein und zu 40 % auf Hamburg verteilen, für Schleswig-Holstein gehe es somit um die überschaubare Investition von circa 6 Millionen €.

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, bittet um Zurverfügungstellung der Machbarkeitsstudie sowie um eine Präsentation zu den örtlichen Gegebenheiten in der Sitzung am 4. September 2020.

### **3. Zusammenarbeit Hamburgs und Schleswig-Holsteins in der Coronapandemie**

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, berichtet, er habe in Absprache mit dem designierten Vorsitzenden des hamburgischen Ausschusses, Herrn Pochnicht, die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts angestoßen, um zu beleuchten, wie die Zusammenarbeit funktioniert habe und wie sie noch besser werden könne.

Abg. von Pein berichtet, der Umgang sei in verschiedenen Teilen der Landesgrenze sehr unterschiedlich gewesen. So habe es in seinem Wahlkreis in einem Naherholungsgebiet an der Landesgrenze nur geringe Probleme gegeben. Er wolle die Landesregierung daher fragen, wieso dies so unterschiedlich gehandhabt worden sei sowie, warum es nicht zu einer Einigung mit der Hamburger Polizei und der Durchführung gemeinsamer Kontrollen gekommen sei.

Abg. Vogel berichtet von Sachbeschädigungen an Fahrzeugen mit auswärtigen Kennzeichen in Teilen Schleswig-Holsteins.

Abg. Ostmeier stimmt Abg. Vogel zu: Es sei wegen unterschiedlicher Regelungen in beiden Bundesländern teilweise zu Irritationen gekommen. Es komme darauf an, die Kommunikation der Landesregierungen miteinander im Vergleich zur Situation im März und April zu verbessern. Sie sei sich sicher, dass dies inzwischen geschehen sei.

Abg. Lehnert warnt davor, alle Vorkommnisse den Landesregierungen beider Bundesländer zuzuschreiben. Er habe den Eindruck, dass Bürgermeister Tschentscher und Ministerpräsident Günther sehr gut zusammenarbeiteten und miteinander kommunizierten. Es müsse bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunkts am 4. September 2020 um eine zukunftsgerichtete Perspektive gehen. Er sei optimistisch, dass die Zusammenarbeit beider Bundesländer inzwischen besser laufe als noch im März oder April.

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Abg. Harms überein, zu diesem Tagesordnungspunkt für die Sitzung am 4. September 2020 die Anwesenheit eines Vertreters der Staatskanzlei zu erbitten.

#### **4. Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, weist darauf hin, dass es in der Sitzung am 4. September 2020 auch um den Terminplan des Ausschusses für das Jahr 2021 gehen werde.

Abg. Strehlau fragt nach der Entstehung der Tagesordnung für die Sitzung am 4. September 2020. - Der Vorsitzende, Abg. Vogel, gesteht zu, dass die Vorbereitung bei dieser Sitzung etwas ungewöhnlich gelaufen sei. Er habe in Absprache mit dem Vorsitzenden des hamburgischen Ausschusses die Initiative ergriffen und den Tagesordnungspunkt 3 auf die Tagesordnung gehoben. Dies sei den besonderen Bedingungen der Coronapandemie und der Neuwahl in Hamburg geschuldet gewesen. Es solle aber grundsätzlich dabei bleiben, dass die Tagesordnung in Absprache des Vorsitzenden mit den Fraktionen erstellt werde.

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, schließt die Sitzung um 13:25 Uhr.

gez. Kai Vogel  
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka  
Geschäfts- und Protokollführer